

Vorstellung der repräsentativen forsa-Schulleitungsumfrage
„**Berufszufriedenheit, Seiteneinstieg, Digitalpakt**“
am 20. März 2020, 11 Uhr, telefonisch aus Berlin

Statement von Udo Beckmann,
Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE)

- Es gilt das gesprochene Wort. –

Sehr geehrte Damen und Herren,

ob Masernpflicht oder Digitalpakt ist es oft Aufgabe der Schulleitung, sich mühsam die spärlichen Informationen zusammenzuklauben und entsprechend zu reagieren. Informationen der zuständigen Behörden kommen nur tröpfelnd – so wird ein **proaktives Handeln nahezu verhindert**. Und das sind nur die zusätzlichen Aufgaben, von denen in den Medien breit berichtet wird. Inklusion, Integration, marode Schulen und zu wenig Personal bleiben als grundsätzliche Herausforderung für das Bildungssystem bestehen.

Aus diesem Grund haben wir auch in diesem Jahr, übrigens bereits zum 3. Mal, **forSa** damit beauftragt, eine repräsentative Befragung unter Schulleitungen vorzunehmen und sich nach ihrer Berufszufriedenheit und Unterstützung, nach den größten Belastungsfaktoren und den möglichen Verbesserungsbedarfen zu erkundigen. Zudem wurde wie in den Vorjahren [2018](#) und [2019](#) nach der eigenen Betroffenheit durch den Lehrermangel gefragt und danach, ob Seiteneinsteigende beschäftigt werden. Neu in diesem Jahr sind Fragen zum Stand der Beantragung von Mitteln im Rahmen des Digitalpakts. Ich verrate nicht zu viel, wenn ich schon jetzt auf die enge Korrelation zwischen der Informiertheit und der Wahrscheinlichkeit, dass Anträge gestellt werden, hinweise. Immer wieder kommen wir an diesen Punkt: Je besser die Politik die Bedürfnisse der Schulleitungen und Lehrkräfte in ihre Entscheidungen einbeziehen würde, umso eher könnten sich diese auf die Kernbereiche ihres Arbeitens konzentrieren.

Im Januar und Februar 2020 wurden **1.302 Schulleitungen allgemeinbildender Schulen in ganz Deutschland von forSa** befragt. Stichproben gibt es für Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Diese werden gerade ebenfalls telefonisch vorgestellt. Der Deutsche Schulleiterkongress, der den eigentlichen Impuls für diese Studie setzt, wird aus gegebenem Anlass in den Herbst dieses Jahres verschoben. Wir hoffen, dann die 3.000 bisher schon angemeldeten Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Düsseldorf gesund und munter begrüßen zu können.

Was vor allem auffällt, wenn man sich die Zeitreihe von 2018 bis heute anschaut, ist die **deutlich negative Tendenz**, was die Bewertung des Berufes aber auch der eigenen Handlungsmöglichkeiten angeht. Das ist ein Armutszeugnis für die Politik.

Die **Belastungsfaktoren** bleiben relativ stabil. Die drei größten Herausforderungen sind mit Zustimmungswerten über 80 Prozent: das stetig wachsende Aufgabenspektrum, die steigenden Verwaltungsarbeiten und dass die Politik bei ihren Entscheidungen den tatsächlichen Schulalltag nicht beachtet. Immer noch 76 Prozent der Schulleitungen sehen die Überlastung des Kollegiums als einen der größten Belastungsfaktoren an und genauso viele verwehren sich gegen die Anspruchshaltung, dass die Schule alle gesellschaftlichen Probleme lösen soll. Hinzu kommt der Mangel an Ressourcen, Vorbereitung und Fortbildung.

Da verwundert es nicht, wenn immer mehr Schulleitungen angeben, ihre **Aufgaben** nicht mehr „immer“ oder „häufig“ **zu ihrer eigenen Zufriedenheit** erledigen zu können (minus 11 Prozentpunkte seit 2018). Dahingegen hat sich der Anteil der Schulleitungen, die nur „gelegentlich“ ihre Aufgaben erledigen können, fast verdoppelt - von 14 Prozent in 2018 auf 27 Prozent in 2020.

Wem könnte man es da verdenken, dass unter dem Berg dieser Aufgaben die **Motivation** sinkt?! „Sehr gerne“ üben ihren Beruf nur noch 42 Prozent der Schulleitungen aus. Das ist ein deutlicher Rückgang von 16 Prozentpunkten seit dem letzten Jahr. Dahingegen steigt der Anteil derer signifikant, die eher bzw. sehr ungern zur Arbeit gehen, um 7 Prozent.

Die Schulleitungen fühlen sich zwar durch viele Personen **unterstützt** (eigenes Kollegium, Schülerinnen und Schüler, Eltern, Schulaufsicht), aber bei wirklich allen Unterstützungssystemen gibt es eine negative Tendenz zu sehen. Die Werte fallen um durchschnittlich 5 Prozent.

Zwischenfazit ist also: Unter steigender Belastung können Schulleitungen ihren Aufgaben nicht mehr so häufig gerecht werden, verlieren an Motivation und fühlen weniger unterstützt. Die logische Schlussfolgerung kann nur eine sein: Die **Bereitschaft, den Beruf weiterzuempfehlen**, sinkt deutlich, nämlich um 13 Prozentpunkte seit 2018. Gleichzeitig steigt der Anteil der Schulleitung, die den Beruf „wahrscheinlich nicht“ oder „auf keinen Fall“ weiterempfehlen würden, um 13 Prozentpunkte auf insgesamt 36 Prozent. Das heißt: Mehr als jede dritte Schulleitung, empfiehlt ihren Beruf nicht mehr weiter. Keine rosigen Aussichten angesichts des Mangels, den wir jetzt bereits haben. So ergab eine aktuelle Umfrage der dpa im Dezember 2019, dass [deutschlandweit 1.000 Schulleitungen fehlen](#).

Dabei ist es nicht so, als hätte sich dieser Trend nicht schon länger abgezeichnet. Zudem liegen die **Verbesserungsmöglichkeiten** auf der Hand. Über 80 Prozent der Schulleitungen votieren für mehr Anrechnungsstunden zur Erfüllung besonderer Aufgaben, für eine bessere personelle Ausstattung mit pädagogischen Fachkräften und einer Erhöhung der Leitungszeiten. Außerdem finden knapp $\frac{3}{4}$ der Schulleitungen eine gesicherte Stellvertretungsregelung und die erweiterte Schulleitung wichtig. Denn: Verantwortung kann besser getragen werden, wenn sie sich auf mehreren Schultern verteilt und projektbezogen weitere Expertise hinzugenommen werden kann.

Auch ein Jobsharing, befürwortet fast die Hälfte der Schulleitungen. Darüber hinaus betreffen Verbesserungsbedarfe Budgeterhöhungen, die bessere Ausstattung mit nicht-pädagogischem Personal und Fortbildungen.

Ein Schwerpunkt, den wir in der aktuellen Umfrage gelegt haben, ist die Frage nach **multiprofessionellen Teams**. Schon lange ist die Schulrealität, dass nur mit Lehrkräften den unterschiedlichen Bedarfen der Kinder nicht mehr optimal nachgekommen werden kann. Deshalb geht man dazu über, Erzieherinnen und Erzieher und Beschäftigte, die für Sozialarbeit, sonderpädagogische Aufgaben und Schulpsychologie zuständig sind, einzustellen. Kooperieren diese mit dem Ziel gemeinsamer Bildungsgestaltung, nennt man dies dann ein [multiprofessionelles Team](#). Die Hälfte der Schulleitungen geben an, dass sie ein solches haben und sich fast ein Drittel dadurch sehr entlastet fühlt und immer noch 64 Prozent zumindest etwas entlastet werden. Von der Hälfte der Schulleitungen, die noch kein multiprofessionelles Team zusammenstellen konnten, wünschen sich dies 86 Prozent. Die Politik könnte also 43 Prozent aller Schulleitungen allein dadurch entgegenkommen, indem nicht nur, aber besonders in Zeiten großen Lehrkräftemangels weitere Fachkräfte an Schule geholt werden können - und würde damit zeitgleich die Schulleitungen entlasten.

Apropos **Lehrkräftemangel**: Wie zu erwarten war, verschärft sich dieses Problem weiter. Sagten 2018 36 Prozent der Schulleitungen, dass sie wegen des Lehrermangels mit unbesetzten Stellen zu kämpfen haben, war es 2019 die Hälfte der Schulleitungen. Und die Entwicklung geht weiter. Und 2020 sagen dies sogar 59 Prozent der Befragten! In gleichem Maße nimmt auch die Zahl der Schulleitungen zu, die deshalb **Seiteneinsteigende** einstellt. Waren dies 2018 37 Prozent, sind es nun 53 Prozent. Ergo: An fast 60 Prozent der Schulen fehlen Lehrkräfte, an der Hälfte werden deshalb Seiteneinsteigende eingestellt.

Der VBE hat immer unterstrichen, dass wir diese Maßnahme als Notmaßnahme nachvollziehbar finden. Gleichermaßen muss uns erlaubt sein, auf die oftmals **fehlende Vorqualifizierung und die mangelhafte berufsbegleitende Weiterqualifizierung** hinzuweisen. So geben sogar 36 Prozent der Schulleitungen an, dass die Seiteneinsteigenden an ihrer Schule weder noch erhalten haben. Ein nach wie vor unverantwortlicher Zustand – sowohl für diejenigen, die meist motiviert und mit ihrem anderen beruflichen Hintergrund als Seiteneinsteigende in die Schulen kommen als auch für die Kinder.

Zudem erschweren zu geringe Kooperationsmöglichkeiten das Einleben der Neuen, wie der Begleitung des Unterrichts anderer Lehrkräfte und des Hospitierens bei dem oder der Seiteneinsteigenden. Wie die [Bertelsmann Stiftung](#) in einer beeindruckenden Berechnung gezeigt hat, sind Seiteneinsteigende zudem regional sehr ungleich verteilt und verstärken damit auch noch die bestehenden Ungerechtigkeiten im Bildungssystem. Ziel muss es daher weiter bleiben, in der Regel originär ausgebildete Lehrkräfte an die Schulen zu bekommen. Doch dafür braucht es als Anreiz auch bessere Arbeitsbedingungen!

Dazu gehört, endlich im digitalen Zeitalter anzukommen. Raus mit dem Polylux, her mit den Smart Boards. Aber auch: Her mit den Fortbildungen, her mit den Netzwerken zum Austausch und her mit den pädagogisch wertvollen Unterrichtskonzepten, die durch digitale Endgeräte unterstützt werden. Positiv ist, dass fast die Hälfte der Schulleitungen angibt, dass mindestens die Hälfte bis alle Lehrkräfte bereits an Fortbildungen zum Thema teilgenommen haben. Dieser Wert ist bei Schulen der Sekundarstufen höher, deutlich höher noch am Gymnasium. Hier sind es 58 Prozent.

Zudem gibt fast ein Drittel der Schulleitungen an, dass sich Lehrkräfte ihrer Schule in informellen Netzwerken zusammenschließen. Zwar sind es mehrheitlich eher wenige Lehrkräfte, aber dafür in diesem Bereich sehr engagierte, die viele Ideen und Materialien teilen. So können neu interessierte Lehrkraft ausreichend Impulse und Fachkenntnisse in Foren oder Ähnlichem finden.

Sicher erinnern Sie sich auch noch an die erschreckende Zahlen vom Tagesspiegel, wie wenig Schulen bisher [Gelder aus dem Digitalpakt abgerufen](#) haben. Zum einen möchte ich an dieser Stelle aber noch einmal betonen, dass die Regelungen teilweise erst ein halbes Jahr nach Beschluss veröffentlicht wurden und dass die Bearbeitungszeiten durch die personelle Unterbesetzung in den Ämtern ein nicht zu vernachlässigender Faktor ist. Und nicht zuletzt können wir mit unserer Umfrage klar aufzeigen, dass sich nur 57 Prozent der Schulleitung „sehr gut“ oder „gut“ informiert fühlt. Die Gymnasialschulleitungen etwas besser, nämlich zu 79 Prozent. Es haben bisher 56 Prozent der Befragten einen Antrag auf Mittel aus dem Digitalpakt gestellt. Die Zahl ist nicht zufällig fast so groß wie die der Informiertheit. Wenn auch nicht deckungsgleich, kann eine hohe Korrelation zwischen Information und Antragstellung aufgezeigt werden.

Und so schließe ich die Vorstellung der Ergebnisse der diesjährigen Schulleitungsumfrage, wie ich sie begonnen habe: Mit einem eindringlichen Appell an die Politik, den Schulleitungen alle notwendigen Informationen schon mit deutlichem Vorlauf zur Verfügung zu stellen, so dass diese ins proaktive Handeln kommen können. Ständig den eigenen Aufgaben hinterherhetzen mag niemand. Es demotiviert und führt zu einem schlechten Bild vom eigenen Beruf. Schnell wird hier ein Teufelskreis in Gang gesetzt, der nur zu noch negativeren Folgen führen kann. Um das zu verhindern, muss jetzt reagiert werden:

- mit einer Entlastung der Schulleitungen von Aufgaben, auch durch Verwaltungsfachkräfte (ohne sie jedoch auf Lehrerstellen anzurechnen),
- mit der Unterstützung durch Schulleitungsteams und finanziellen Anreizen für alle jene, die hier Verantwortung übernehmen,
- mit dem Ermöglichen, multiprofessionelle Teams zu etablieren, was sowohl Lehrkräfte als auch Schulleitung entlastet,
- mit der Orientierung am Schulalltag bei politischen Entscheidungen und nicht zuletzt
- mit der adäquaten Unterstützung von Schulleitungen mit aktuellen Informationen zu allen Entscheidungen, die umzusetzen sind.